BKU
BUND KATHOLISCHER UNTERNEHMER.

Erste BKU-Konjunkturumfrage 2026

Zwischen Stagnation **und Gestaltungsauftrag**

Ergebnisbericht für die Mitglieder

Geschäftslage, Investitionen, Beschäftigung, Standortvertrauen und Fachkräftesicherung aus Sicht unternehmerischer Entscheidungsträger im BKU

94 Teilnehmende · Erhebung 27. Juni bis 29. Juli 2026 · Stand Oktober 2026

VORWORT

Liebe Mitglieder,

im Sommer haben wir Sie zum ersten Mal nach Ihrer wirtschaftlichen Lage gefragt. Allen, die sich die Zeit für ihre Antworten genommen haben, danken wir herzlich. Knapp vier von fünf Antwortenden tragen als Inhaber oder Geschäftsführer unmittelbar Verantwortung für ihr Unternehmen. Der Bericht zeigt deshalb, wie die Lage aus Sicht derer aussieht, die investieren, einstellen und dafür geradestehen.

Die Antworten zeigen: Sie wirtschaften solide, sieben von zehn bewerten ihre Lage als gut oder befriedigend. Nach vorn aber herrscht Stillstand. Mehr als die Hälfte erwartet keine Veränderung, und ebenso viele wollen weniger oder gar nicht wesentlich investieren. Als Risiko nennen fast zwei Drittel Regulierung und Bürokratie. Den Standort Deutschland bewerten Sie im Schnitt mit 2,31 von 5 Punkten. Am schwächsten fällt Ihr Urteil darüber aus, wie sehr sich christliche Werte in der Wirtschaftspolitik wiederfinden.

Wir haben die Umfrage bewusst breiter angelegt als eine klassische Konjunkturerhebung. Neben Lage und Erwartungen fragt sie nach Standort, Fachkräften und Werten. Und sie trennt sauber zwischen dem, was die Daten zeigen, und dem, was wir als Verband daraus folgern. Unsere Empfehlungen in Kapitel 7 leiten wir aus der Katholischen Soziallehre ab: Personalität, Gemeinwohl, Solidarität und Subsidiarität.

Erste Ergebnisse haben wir im August öffentlich vorgestellt. Wir nutzen sie in unseren Gesprächen mit Politik und Verwaltung. Die Konjunkturumfrage wird ein fester Bestandteil unserer Arbeit. Die zweite Welle folgt im Sommer 2027. Mit jeder weiteren entsteht eine Zeitreihe, die Entwicklungen sichtbar macht. Wir freuen uns, wenn Sie wieder mitmachen.

Dr. Martin Nebeling
Bundesvorsitzender

David Dekorsi
Geschäftsführer

ZU DIESEM BERICHT
LESEHINWEIS UND STECKBRIEF

Inhalt

Vorwort
Das Wichtigste in Kürze
1 Lage und Erwartungen
2 Risiken, Investitionen und Beschäftigung
3 Standort, Politik und Werte
4 Fachkräfte und internationale Rekrutierung
5 Strukturbefunde
6 Wirtschaftspolitische Einordnung
7 Handlungsempfehlungen
8 Fazit und Ausblick
Methodik
Datenanhang
Quellen und Begriffe

So lesen Sie diesen Bericht

Der Bericht unterscheidet durchgehend drei Ebenen. Befund und Interpretation sind in den Kapiteln 1 bis 5 am Rand jedes Absatzes gekennzeichnet. Die politischen Folgerungen des BKU stehen gebündelt in Kapitel 7.

■ ERHOBENER BEFUND	Direkt aus den Antworten berechnete Häufigkeit, Verteilung, Mittelwert oder Saldo.
■ INTERPRETATION	Methodisch zulässige Verdichtung oder Beschreibung von Zusammenhängen, keine Kausalbehauptung.
■ POLITISCHE FOLGERUNG	Normative Empfehlung des BKU im Licht der Katholischen Soziallehre. Sie folgt nicht automatisch aus den Daten und steht gebündelt in Kapitel 7.

WICHTIGER METHODISCHER HINWEIS

Die erste BKU-Konjunkturumfrage ist keine repräsentative Studie der deutschen Wirtschaft. Sie liefert ein qualifiziertes unternehmerisches Stimmungsbild aus dem BKU-Netzwerk. Fallzahlen, Antwortbasen und vollständige Verteilungen stehen im Methodenteil und im Datenanhang.

STECKBRIEF

Erhebung	27. Juni bis 29. Juli 2026	**Teilnehmende**	94 Mitglieder des BKU
Methode	Online, Ø 4:38 Minuten	**Stand des Berichts**	Oktober 2026

DAS WICHTIGSTE
IN KÜRZE

KERNBEFUND

Die Unternehmen wirtschaften solide, doch nach vorn herrscht Stillstand. Erwartungen, Beschäftigungspläne und vor allem Investitionen bleiben weit hinter einer Aufbruchsdynamik zurück. Für neues Wachstum sind die Unternehmen auf bessere Rahmenbedingungen angewiesen. Standort und Wirtschaftspolitik erhalten von ihnen schlechte Noten.

LAGESALDO	ERWARTUNGSSALDO	BESCHÄFTIGUNGSSALDO
+3,3	−6,5	−6,5
knapp positiv	leicht negativ	leicht negativ
INVESTITIONS-EXPANSIONSSALDO	**BKU-KLIMAINDIKATOR**	**RAHMENBEDINGUNGEN**
−41,3	98,4	2,40
deutlich restriktiv	unter dem Neutralwert 100, explorativ	von 5, unter der Skalenmitte
STANDORTATTRAKTIVITÄT	**CHRISTLICHE WERTE IN DER POLITIK**	**FACHKRÄFTEBETROFFENHEIT**
2,31	2,24	2,57
von 5, unter der Skalenmitte	von 5, niedrigster Mittelwert	von 5, stark streuend

Salden in Prozentpunkten (Anteil positiver minus Anteil negativer Antworten). Mittelwerte auf einer Skala von 1 bis 5.

- **Lage solide, ohne Schwung.** 28,7 % bewerten ihre Geschäftslage als gut, 43,6 % als befriedigend und 25,5 % als schlecht. Lagesaldo: +3,3 Punkte.
- **Ausblick: Stillstand.** 19,1 % erwarten in sechs Monaten eine Verbesserung, 25,5 % eine Verschlechterung und 54,3 % keine Veränderung. Erwartungssaldo: -6,5 Punkte.
- **Bürokratie vorn.** 62,8 % nennen Regulierung und Bürokratie als Risiko. Es folgen schwache Inlandsnachfrage (40,4 %), Wirtschafts- und Sozialpolitik (34,0 %), Personalkosten (24,5 %) und Energiekosten (19,1 %).
- **Investitionen als Warnsignal.** 36,2 % planen keine wesentlichen Investitionen, 18,1 % wollen weniger investieren als im Vorjahr, nur 13,8 % mehr. Der explorative Expansionssaldo liegt bei -41,3 Punkten.
- **Beschäftigung vorsichtig.** 13,8 % planen mehr Personal, 20,2 % weniger, 63,8 % halten die Zahl stabil. Beschäftigungssaldo: -6,5 Punkte.
- **Standort unter der Skalenmitte.** Die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen erhalten im Mittel 2,40 von 5 Punkten, die Standortattraktivität 2,31. Am schwächsten wird mit 2,24 bewertet, wie sehr sich christliche Werte in der Wirtschaftspolitik wiederfinden.
- **Fachkräftemangel ungleich verteilt.** Mittelwert 2,57: 44,7 % sind gering betroffen, 36,2 % mittel und 19,1 % stark. Knappheit ist relevant, aber nicht für alle das dominante Problem.
- **Auslandsrekrutierung bleibt die Ausnahme.** 18,1 % rekrutieren bereits im Ausland, 12,8 % sind offen, sehen aber Hürden, 57,4 % antworten mit eher nein oder nein. Die größten Barrieren: Sprache (43,6 %), Visa und Aufenthaltsrecht (26,6 %), Anerkennung von Abschlüssen (24,5 %).
- **Größe macht einen Unterschied.** Unternehmen mit 50 bis 249 Beschäftigten melden bessere Lage- und Investitionswerte, Kleinstunternehmen die stärkste Investitionszurückhaltung. Größere Unternehmen sind offener für Auslandsrekrutierung. Wegen kleiner Fallzahlen sind diese Muster beschreibend.

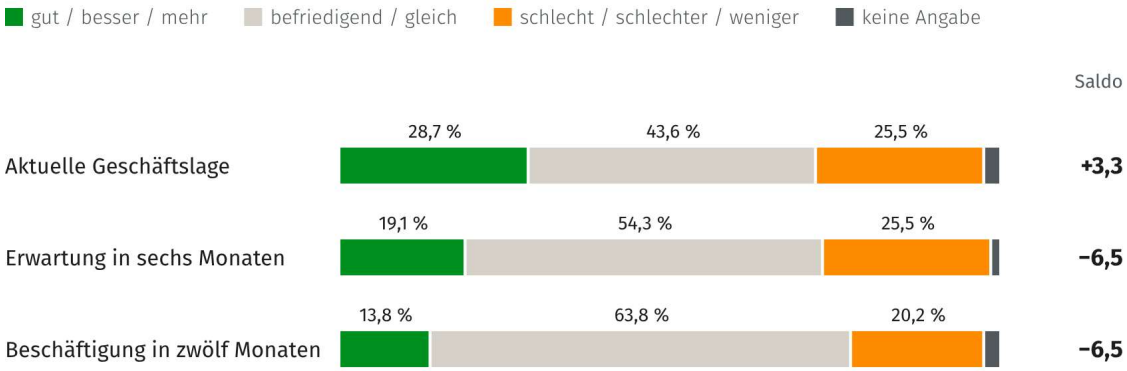
- **Politische Folgerung (Kapitel 7).** Für mehr Wachstum fordert der BKU weniger Bürokratie, spürbare Entlastung bei Steuern, Abgaben, Energie- und Personalkosten und eine Wirtschaftspolitik, die sich wieder an den christlichen Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft orientiert.

1 KONJUNKTUR
LAGE UND ERWARTUNGEN

Die Unternehmen wirtschaften solide, doch nach vorn herrscht Stillstand.

ABBILDUNG 1

Geschäftslage, Erwartungen und Beschäftigungsplanung



Anteile in Prozent aller 94 Antworten; Saldo auf Basis der inhaltlichen Antworten. Quelle: BKU-Konjunkturumfrage 2026, eigene Berechnung.

1.1 Die Unternehmen halten Kurs

■ ERHOBENER BEFUND

28,7 % berichten eine gute, 43,6 % eine befriedigende und 25,5 % eine schlechte Geschäftslage. Zusammen bewerten 72,3 % ihre Lage als gut oder befriedigend. Der Saldo aus gut und schlecht beträgt +3,3 Punkte (92 inhaltliche Antworten).

■ INTERPRETATION

Sieben von zehn Unternehmen stehen solide da, eine akute Krise zeigt sich nicht. Dominant ist aber die Kategorie „befriedigend“: Das Muster spricht für Stabilität ohne Dynamik. Ein knapp positiver Saldo kann zudem mit erheblichen Belastungen einzelner Branchen und Größenklassen einhergehen.

1.2 Nach vorn herrscht Stillstand

■ ERHOBENER BEFUND

19,1 % erwarten binnen sechs Monaten eine Verbesserung, 54,3 % keine Veränderung und 25,5 % eine Verschlechterung. Der Erwartungssaldo liegt bei −6,5 Punkten.

■ INTERPRETATION

Lage- und Erwartungssaldo liegen 9,8 Punkte auseinander. Mehr Unternehmen rechnen mit einer Verschlechterung als mit einer Verbesserung, mehr als die Hälfte erwartet keine Veränderung. Das ist kein Einbruchssignal, aber ein deutliches Vertrauensdefizit und ein Bild der Stagnation. Die Unternehmen halten aus eigener Kraft Kurs. Für neues Wachstum sind sie auf bessere Rahmenbedingungen angewiesen, die sie in Kapitel 3 deutlich kritisch bewerten.

1.3 Der BKU-Klimaindikator

■ ERHOBENER BEFUND

Der explorative BKU-Klimaindikator liegt bei **98,4**, leicht unter dem internen Neutralwert 100. Er ergibt sich aus 100 plus dem Durchschnitt aus Lage- (+3,3) und Erwartungssaldo (−6,5) und verdichtet das Bild für die Kommunikation. Mit etablierten Konjunkturindizes wie dem ifo-Geschäftsklima ist er nicht vergleichbar.

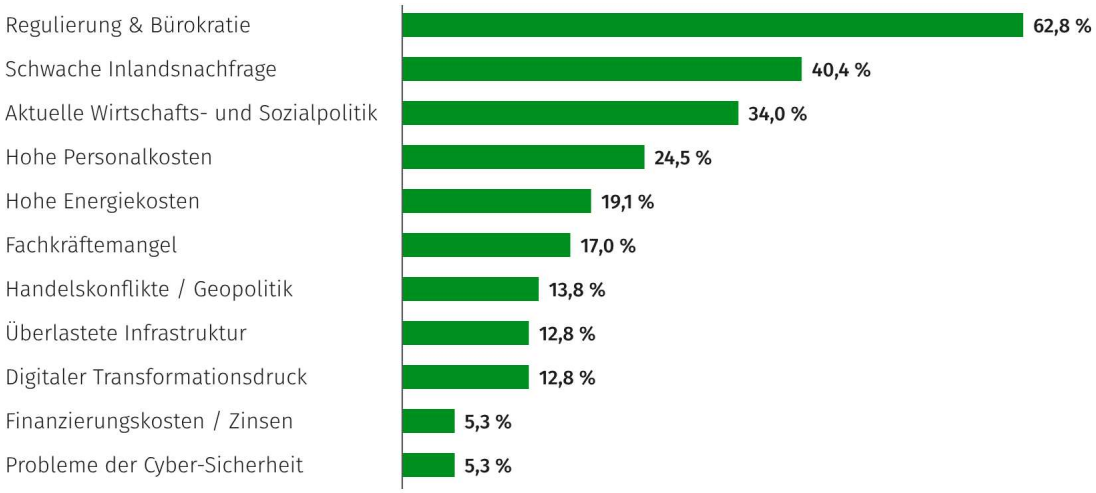
2 RISIKEN
INVESTITIONEN UND BESCHÄFTIGUNG

Regulierung und Bürokratie führen die Liste der Risiken an. Bei den Investitionen zeigt sich das deutlichste Warnsignal der Umfrage.

2.1 Bürokratie als Querschnittsrisiko

ABBILDUNG 2

Die größten Unternehmensrisiken



Anteil aller 94 Befragten, Mehrfachnennungen möglich. Ohne zehn Einzelnennungen unter „Sonstiges“ (siehe Datenanhang). Quelle: BKU-Konjunkturumfrage 2026.

■ ERHOBENER BEFUND

Regulierung und Bürokratie nennen 62,8 %. Dahinter folgen schwache Inlandsnachfrage (40,4 %), aktuelle Wirtschafts- und Sozialpolitik (34,0 %), hohe Personalkosten (24,5 %), hohe Energiekosten (19,1 %), Fachkräftemangel (17,0 %), internationale Handelskonflikte und Geopolitik (13,8 %), überlastete Infrastruktur (12,8 %) und digitaler Transformationsdruck (12,8 %). Finanzierungskosten und Cyber-Sicherheit nennen je 5,3 %.

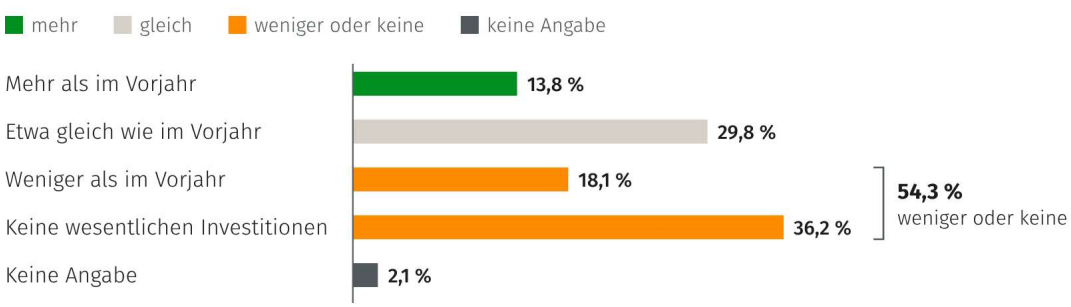
■ INTERPRETATION

Die Rangfolge verbindet Probleme der Angebots- und der Nachfrageseite. Bürokratie steht dabei nicht für sich, sie verstärkt andere Belastungen: Sie bindet Personal, verlängert Investitionsprozesse und erhöht Fixkosten, besonders in kleineren Unternehmen. Die häufige Nennung der schwachen Inlandsnachfrage spricht gegen eine monokausale Diagnose. Weniger Bürokratie würde die Nachfrageschwäche nicht automatisch beheben.

2.2 Investitionen: das deutlichste Warnsignal

ABBILDUNG 3

Investitionsplanung für die nächsten zwölf Monate



Anteil aller 94 Befragten. Quelle: BKU-Konjunkturumfrage 2026.

ERHOBENER BEFUND

13,8 % wollen mehr und 29,8 % etwa gleich viel investieren wie im Vorjahr. 18,1 % planen weniger, 36,2 % keine wesentlichen Investitionen. Zusammen gehören damit 54,3 % zur Gruppe „weniger“ oder „keine wesentlichen Investitionen“.

INTERPRETATION

Über die Investitionen schlägt Unsicherheit am stärksten auf künftiges Wachstum durch. Zurückhaltung bremst Produktivität, Digitalisierung, Dekarbonisierung und Beschäftigung. Die Kategorie „keine wesentlichen Investitionen“ umfasst allerdings auch Geschäftsmodelle mit strukturell geringem Kapitalbedarf. Der Wert lässt sich deshalb nicht mit einer gesamtwirtschaftlichen Investitionsquote gleichsetzen.

2.3 Beschäftigung: stabil, mit negativem Rand

ERHOBENER BEFUND

13,8 % erwarten wachsende, 20,2 % sinkende und 63,8 % gleichbleibende Mitarbeiterzahlen. Der Beschäftigungssaldo beträgt −6,5 Punkte.

INTERPRETATION

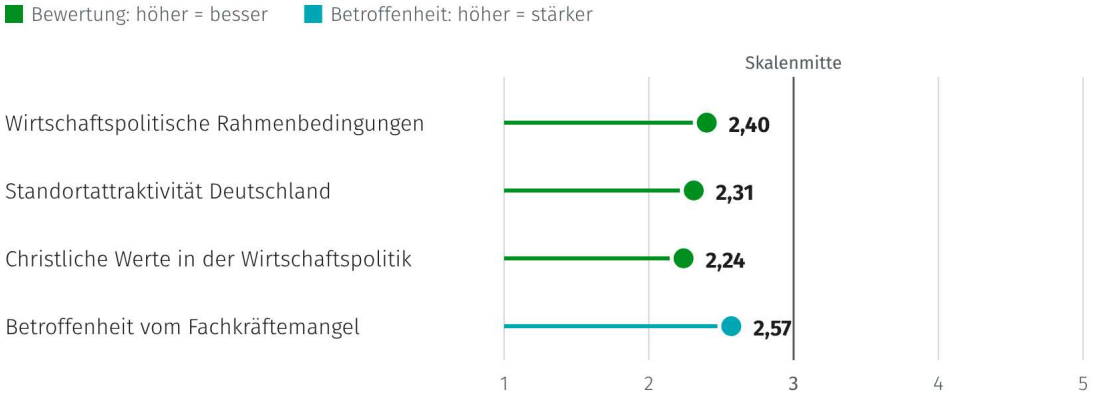
Eine breite Entlassungswelle zeigt sich nicht, wohl aber Vorsicht. Die Daten legen nahe, dass Unternehmen zunächst ihre Belegschaft halten und Investitionen zurückstellen. Lage und Beschäftigungsplanung hängen moderat zusammen (explorativ, Spearman-ρ = 0,34). Der Zusammenhang ist plausibel, sagt aber nichts über die Richtung der Ursache.

3 STANDORT
POLITIK UND WERTE

Das Urteil über Standort und Politik fällt deutlich aus. Alle drei Bewertungen liegen unter der Skalenmitte, am niedrigsten die Verankerung christlicher Werte in der Wirtschaftspolitik.

ABBILDUNG 4

Bewertung von Rahmenbedingungen, Standort und Werten



Mittelwerte auf einer Skala von 1 bis 5, n = 94. Beim Fachkräftemangel bedeutet ein höherer Wert stärkere Betroffenheit. Quelle: BKU-Konjunkturumfrage 2026.

3.1 Rahmenbedingungen und Standortattraktivität

■ ERHOBENER BEFUND

Die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen erreichen im Mittel 2,40 von 5 (Median 2, Standardabweichung 1,01). 57,4 % vergeben eine 1 oder 2, 27,7 % eine 3 und 14,9 % eine 4 oder 5. Die Standortattraktivität liegt bei 2,31 (Median 2, Standardabweichung 0,88). 62,8 % vergeben eine 1 oder 2, 10,6 % eine 4. Die Höchstbewertung 5 hat niemand vergeben.

■ INTERPRETATION

Die Standortkritik ist breit, aber nicht einheitlich. Am engsten hängen die Urteile über Rahmenbedingungen und Standort zusammen (Spearman-ρ = 0,64). Das ist der stärkste beobachtete Zusammenhang der Umfrage. Er ist inhaltlich naheliegend, kann aber durch die ähnliche Formulierung der beiden Fragen verstärkt sein.

3.2 Christliche Werte in der Wirtschaftspolitik

■ ERHOBENER BEFUND

Wie sehr sich christliche Werte in der Wirtschaftspolitik wiederfinden, wird mit 2,24 am niedrigsten bewertet. 62,8 % vergeben eine 1 oder 2, 29,8 % eine 3 und 7,4 % eine 4 oder 5.

■ INTERPRETATION

Die Frage misst eine subjektive Gesamtwahrnehmung, nicht die Umsetzung einzelner Prinzipien. Welche Werte fehlen oder welche Politik gewünscht wird, lässt sich aus dem Wert nicht ableiten. Das leistet erst die normative Auslegung entlang von Personalität, Gemeinwohl, Solidarität und Subsidiarität in Kapitel 7.

TRENNSCHÄRFE

Gemessen ist eine geringe wahrgenommene Verankerung christlicher Werte. Jede politische Schlussfolgerung daraus muss eigens begründet werden. Sie ist nicht Teil der Messung.

4 FACHKRÄFTE
MANGEL UND INTERNATIONALE REKRUTIERUNG

Der Fachkräftemangel trifft die Unternehmen sehr unterschiedlich. Im Ausland bremsen Sprache, Visa und Anerkennung.

4.1 Die Betroffenheit ist ungleich verteilt

■ ERHOBENER BEFUND

Die Betroffenheit vom Fachkräftemangel liegt im Mittel bei 2,57. 44,7 % bewerten sie als gering (1 oder 2), 36,2 % als mittel (3) und 19,1 % als stark (4 oder 5).

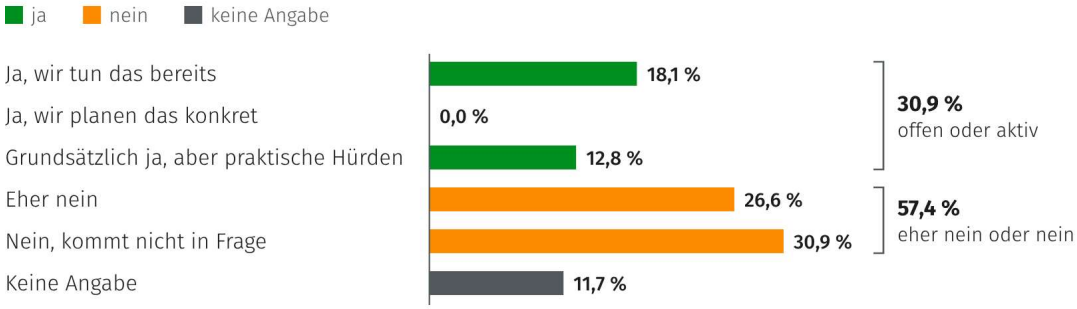
■ INTERPRETATION

Fachkräftemangel ist real, aber nicht überall das vorrangige Problem. Er trifft vor allem bestimmte Tätigkeitsprofile: gewerblich-technische Berufe (24 Nennungen), IT und Digitalisierung (22), Handwerk und Produktion (21), kaufmännische Berufe (20), akademische Fach- und Führungskräfte (18) sowie Pflege und soziale Berufe (17).

4.2 Internationale Rekrutierung: Potenzial mit Schwellen

ABBILDUNG 5

Grundhaltung zur gezielten Rekrutierung im Ausland



Anteil aller 94 Befragten. Quelle: BKU-Konjunkturumfrage 2026.

■ ERHOBENER BEFUND

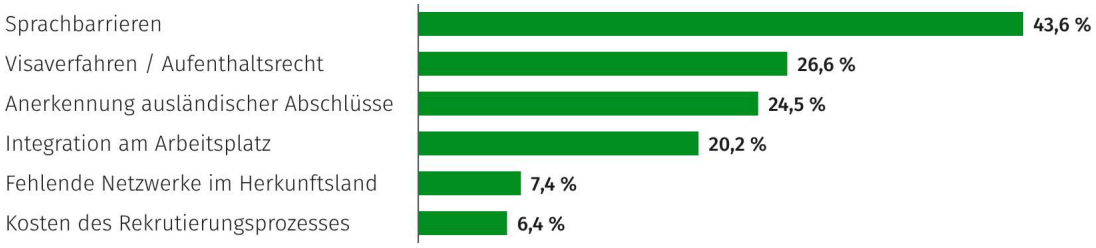
18,1 % rekrutieren bereits gezielt im Ausland. Die Antwort „wir planen das konkret“ hat niemand gewählt. 12,8 % sind grundsätzlich offen, sehen aber praktische Hürden. 26,6 % antworten mit eher nein, 30,9 % schließen es aus, 11,7 % machen keine Angabe.

■ INTERPRETATION

Zwischen grundsätzlicher Offenheit und konkreter Umsetzung klafft eine Lücke. Größere Unternehmen verfügen häufiger über Kapazitäten für Rekrutierung, Rechtsfragen und Integration. Ab 50 Beschäftigten ist die Auslandsorientierung sichtbar höher als bei kleineren Unternehmen.

ABBILDUNG 6

Hürden bei der Gewinnung ausländischer Fachkräfte



Anteil aller 94 Befragten, Mehrfachnennungen möglich; 37,2 % ohne Angabe. Ohne elf Einzelnennungen (siehe Datenanhang). Quelle: BKU-Konjunkturumfrage 2026.

5 STRUKTURBEFUNDE
UNTERSCHIEDE ZWISCHEN GRUPPEN

Die Unternehmensgröße prägt die Antworten sichtbar. Wegen kleiner Fallzahlen sind alle Unterschiede als Hinweise zu lesen.

Die folgenden Tabellen zeigen, wie sich die Antworten nach Unternehmensgröße, Funktion, Mitgliedschaftsdauer und Branche unterscheiden. Die Teilgruppen sind klein. Alle Muster sind deshalb Hypothesen, keine gesicherten Unterschiede. Die Auswertung nach Diözesanverbänden steht im Datenanhang.

LESEHILFE ZU DEN TABELLEN

Lage, Erwartung, Personal: Salden in Prozentpunkten. **Investition:** Investitionsscore mit den Gewichten mehr = +1, etwa gleich = 0, weniger = −0,5, keine wesentlichen Investitionen = −1. Über alle Antworten ergibt er −32,1. Er ist nicht identisch mit dem Expansionssaldo (−41,3), der „weniger“ voll negativ zählt. **Ausland:** gewichteter Saldo der Grundhaltung zur Auslandsrekrutierung; positive Werte zeigen überwiegende Offenheit. **MW:** Mittelwert auf der Skala von 1 bis 5.

5.1 Unternehmensgröße

Beschäftigte	n	Lage	Erwartung	Personal	Investition	Standort MW	Fachkräfte MW	Ausland
Unter 10	34	+2,9	−5,9	−8,8	−52,9	2,29	2,03	−50,0
10 bis 49	25	−12,5	−12,5	+8,3	−33,3	2,04	3,00	−41,3
50 bis 249	19	+27,8	+10,5	0,0	−5,3	2,58	2,79	+23,5
250 und mehr	13	+15,4	−15,4	−23,1	−11,5	2,31	2,92	+7,7

Ohne „keine Angabe“ (n = 3).

INTERPRETATION

- Kleinstunternehmen unter zehn Beschäftigten haben den schwächsten Investitionsscore (−52,9) und die geringste Fachkräftebetroffenheit (2,03). Das spricht für eine andere Problemstruktur: Investitionsfähigkeit und Fixkosten wiegen hier schwerer als Personalengpässe.
- Unternehmen mit 10 bis 49 Beschäftigten sind am stärksten vom Fachkräftemangel betroffen (3,00), melden aber den schwächsten Lagesaldo (−12,5) und stehen der Auslandsrekrutierung deutlich ablehnend gegenüber (−41,3).
- Unternehmen mit 50 bis 249 Beschäftigten zeigen die beste Lage (+27,8), den einzigen positiven Erwartungssaldo (+10,5) und die größte Offenheit für Auslandsrekrutierung (+23,5).
- Unternehmen ab 250 Beschäftigten melden eine hohe Fachkräftebetroffenheit (2,92) und einen negativen Beschäftigungssaldo (−23,1), stehen der Auslandsrekrutierung aber leicht positiv gegenüber (+7,7).

METHODIK

Die Zellen sind klein besetzt, mehrere erwartete Häufigkeiten liegen unter fünf. Die Muster sind deshalb Hypothesen, keine gesicherten Gruppenunterschiede.

5.2 Funktion der Befragten

Funktion	n	Lage	Erwartung	Personal	Investition	Rahmen MW	Standort MW
Inhaber/in	52	0,0	−11,5	−7,7	−29,8	2,37	2,29
Geschäftsführer/in	22	0,0	0,0	+9,1	−25,0	2,45	2,14
Vorstand	7	+28,6	−14,3	−14,3	−57,1	2,57	2,14
Leitende Führungskraft	8	+25,0	+25,0	−12,5	−43,8	2,25	2,62

Ohne sonstige Funktion (n = 2) und „keine Angabe“ (n = 3).

INTERPRETATION

Inhaber und Geschäftsführer, zusammen der Kern der Stichprobe, unterscheiden sich in Lage und politischen Bewertungen nur wenig. Geschäftsführer melden einen positiven Beschäftigungssaldo (+9,1), Inhaber einen leicht negativen (−7,7). Vorstände und leitende Führungskräfte sind zu wenige für belastbare Aussagen.

5.3 Dauer der Mitgliedschaft

Mitglied seit	n	Lage	Erwartung	Personal	Investition	Rahmen MW	Werte MW
Unter 2 Jahren	8	0,0	+28,6	−28,6	−64,3	2,00	2,00
2 bis 5 Jahren	22	−18,2	−18,2	+4,5	−22,7	2,14	2,32
5 bis 10 Jahren	20	+20,0	−25,0	−25,0	−32,5	2,50	2,30
Mehr als 10 Jahren	43	+9,5	+4,7	+2,4	−29,8	2,53	2,16

Ohne „keine Angabe“ (n = 1).

INTERPRETATION

Langjährige Mitglieder mit mehr als zehn Jahren zeigen einen leicht positiven Erwartungssaldo (+4,7), die Gruppen mit zwei bis zehn Jahren urteilen negativer. Neumitglieder unter zwei Jahren sind bei den Erwartungen optimistischer, bei Investitionen und Beschäftigung aber zurückhaltend. Für Verallgemeinerungen ist diese Gruppe mit acht Antworten zu klein.

5.4 Branchencluster

Die 88 freien Branchenangaben wurden in sieben inhaltliche Cluster überführt, dazu eine Rest- und eine Fehlkategorie. Die Zuordnung dient der Orientierung und ersetzt keine amtliche Wirtschaftszweigklassifikation.

Branchencluster	n	Lage	Erwartung	Personal	Investition	Standort MW	Fachkräfte MW
Unternehmensnahe Dienstleistungen & Beratung	29	+10,3	−6,9	+3,4	−36,2	2,17	2,66
Industrie, Bau, Handwerk & Logistik	13	−30,8	−7,7	0,0	−7,7	1,85	2,92
IT & digitale Wirtschaft	10	+20,0	+20,0	0,0	−20,0	2,50	1,90
Finanzen, Versicherungen & Immobilien	9	0,0	−11,1	−44,4	−33,3	1,89	2,44
Gesundheit, Pflege & Soziales	9	+22,2	−11,1	+11,1	−33,3	2,56	2,00
Bildung, Medien & Non-Profit	4	+50,0	−25,0	−25,0	−75,0	3,25	2,75
Handel, Gastgewerbe & sonstige Dienste	4	+33,3	+50,0	−25,0	−37,5	2,75	3,00

Ohne sonstige oder unklare Branche (n = 10) und „keine Angabe“ (n = 6). Cluster mit weniger als zehn Antworten sind nur illustrativ.

INTERPRETATION

Finanzen und Immobilien bewerten Rahmen und Standort besonders kritisch. Industrie, Bau, Handwerk und Logistik melden einen negativen Lagesaldo und die schwächste Standortnote (1,85), zugleich aber einen weniger negativen Investitionsscore. IT und digitale Wirtschaft sind bei Lage und Erwartungen positiver und melden in dieser Stichprobe eine geringe Fachkräftebetroffenheit.

6 EINORDNUNG
WIRTSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Die Befunde passen zum Bild einer Erholung, die bislang vor allem von Exporten und staatlichen Ausgaben kommt.

6.1 Die gesamtwirtschaftliche Lage zur Zeit der Erhebung

Die Umfrage fiel in eine Phase vorsichtiger Erholung. Die Bundesregierung bezifferte das reale Wachstum 2025 auf 0,2 % und erwartete im Jahreswirtschaftsbericht vom Januar 2026 für das laufende Jahr 1,0 %. Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche sprach von einem vorsichtigen Aufschwung, der größtenteils schuldenfinanziert sei und ohne Reformen ein Strohfeuer bleibe. In der Frühjahrsprojektion vom April senkte die Bundesregierung ihre Erwartung für 2026 auf 0,5 %. Der BKU-Befund mit stabiler Lage, schwachen Erwartungen und geringer privater Investitionsdynamik passt zu diesem Übergangsbild. Ein Beleg für die gesamtwirtschaftliche Prognose ist er nicht.

Die Bundesbank beschrieb die Wirtschaft in ihrem Monatsbericht vom Mai 2026 als zu Jahresbeginn robust und stärker gewachsen als erwartet. Zugleich verschlechterte sich der Arbeitsmarkt weiter, und die Folgen des Iran-Kriegs dämpften die Aussichten. Vor diesem Hintergrund sind die Nennungen zu Nachfrage, Energie und Geopolitik plausibel. Die außergewöhnlich hohe Nennung der Bürokratie ist dagegen eine eigene Priorität der Befragten.

SEIT DER ERHEBUNG · ERGÄNZUNG, STAND OKTOBER 2026

Am 8. Oktober 2026 hat die Bundesregierung ihre Herbstprojektion vorgelegt. Sie erwartet für 2026 nun ein Wachstum von 1,3 % (Frühjahr: 0,5 %), für 2027 von 1,1 % und für 2028 von 0,6 %. Als Treiber nennt sie vor allem Exporte sowie staatliche Investitionen in Verteidigung und Infrastruktur. Privater Konsum und private Investitionen bleiben nach ihrer Einschätzung gedämpft, weil der Konflikt im Nahen Osten Energie- und Verbraucherpreise erhöht. Die Inflation erwartet sie bei 2,7 % (2026) und 3,0 % (2027). Das ifo-Geschäftsklima stieg im September auf 89,9 Punkte, nach 88,8 im August.

Für die Befunde dieser Umfrage heißt das: Die Erholung kommt bislang vor allem aus dem Ausland und vom Staat. Die Zurückhaltung bei privaten Investitionen, die unsere Mitglieder im Sommer gemeldet haben, sieht auch die Bundesregierung.

6.2 Drei Spannungsfelder

1. **Erholung und private Investitionsschwäche.** Öffentliche Investitionsprogramme können Nachfrage und Infrastruktur stützen. Dauerhafte Produktivitätsgewinne erfordern jedoch private Anschlussinvestitionen und verlässliche Rahmenbedingungen.
2. **Fachkräfteknappheit und Beschäftigungsvorsicht.** Unternehmen können einzelne Qualifikationen dringend suchen und zugleich ihre Belegschaft insgesamt stabil halten oder verkleinern. Fachkräftemangel und schwache Konjunktur schließen sich nicht aus.

3 **Entlastung und Gemeinwohlaufgaben.** Weniger Bürokratie bedeutet nicht weniger Schutz. Entscheidend sind einfache, digitale und verhältnismäßige Regeln, die legitime Gemeinwohlziele wirksam und mit geringeren Transaktionskosten erreichen.

7 EMPFEHLUNGEN
AUS SICHT DER KATHOLISCHEN SOZIALLEHRE

Fünfzehn Empfehlungen entlang der vier Prinzipien der Katholischen Soziallehre. Im Zentrum: mehr Wachstum durch Entlastung und bessere Rahmenbedingungen.

■ POLITISCHE FOLGERUNG

Dieses Kapitel bündelt die politischen Folgerungen des BKU. Sie verbinden die Befunde mit Personalität, Gemeinwohl, Solidarität und Subsidiarität und greifen Forderungen aus dem BKU-Vorschlagskatalog 2025 auf. Es sind normative Positionen, keine statistischen Ergebnisse.

SUBSIDIARITÄT

7.1 Regulierung vom Vollzug her neu denken

■ BEFUND 62,8 % nennen Regulierung und Bürokratie als Risiko.

1 Ein verbindliches „One in, two out“ für messbare laufende Informations- und Nachweispflichten einführen und bestehende Pflichten ressortübergreifend bündeln.

2 Kleine und mittlere Unternehmen durch Verhältnismäßigkeit, Bagatellgrenzen, einmalige Datenabfrage (Once-only) und standardisierte digitale Verfahren entlasten.

3 Genehmigungs- und Anerkennungsverfahren mit Fristen, transparentem Verfahrensstand und klaren Zuständigkeiten ausstatten.

Begründung. Subsidiarität schützt Eigeninitiative und Verantwortung der kleineren Einheiten und verlangt zugleich unterstützende Rahmenbedingungen. Der Staat soll Gemeinwohlziele festlegen und durchsetzen, ohne unternehmerische Verantwortung unnötig zu ersetzen oder zu binden.

GEMEINWOHL

7.2 Den Standort stärken: Entlastung und Investitionen

■ BEFUND 54,3 % wollen weniger oder nicht wesentlich investieren. Der Standort erhält 2,31 von 5 Punkten, 19,1 % nennen hohe Energiekosten als Risiko.

4 Unternehmen bei Steuern, Abgaben und Energiekosten spürbar entlasten: die Unternehmensbesteuerung senken, auf eine Vermögensteuer und weitere Steuererhöhungen verzichten und Energiekosten auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau bringen.

5 Planungs- und Finanzierungssicherheit für Verkehr, Energie, digitale Netze und Bildung über Legislaturperioden hinweg stärken.

6 Private Investitionen durch verlässliche Abschreibungsbedingungen, technologieoffene Innovationsanreize und einfachere Zugänge zu Förderung mobilisieren.

7 Die Wirkung öffentlicher Programme konsequent messen: Entscheidend sind zusätzliche Produktivität, Resilienz und Teilhabe, nicht der Mittelabfluss.

Begründung. Gemeinwohl verlangt einen Standort, an dem sich Investitionen lohnen. Private Investitionen schaffen die Arbeitsplätze und Steuereinnahmen, auf die ein handlungsfähiger Staat angewiesen ist.

PERSONALITÄT

7.3 Leistung und Verantwortung stärken

■ **BEFUND** 24,5 % nennen hohe Personalkosten als Risiko, 34,0 % die aktuelle Wirtschafts- und Sozialpolitik. Der Beschäftigungssaldo liegt bei −6,5 Punkten.

8 Lohnnebenkosten begrenzen: die Beitragssätze zur Sozialversicherung nicht weiter steigen lassen und ihre Finanzierung generationengerecht aufstellen, ohne soziale Risiken einseitig auf Beschäftigte zu verlagern.

9 Rahmenbedingungen schaffen, unter denen sich unternehmerische und arbeitnehmerische Leistung und Verantwortung lohnen, etwa durch bessere Anreize für Arbeitszeit und Erwerbsbeteiligung, die Familie und Pflege berücksichtigen.

10 Weiterbildung, berufliche Bildung und digitale Kompetenzen gezielt fördern, betriebliche Lösungen und Sozialpartnerschaft stärken.

Begründung. Die Katholische Soziallehre versteht Arbeit nicht als bloßen Kostenfaktor. Arbeit ist Ort von Teilhabe, Verantwortung und persönlicher Entfaltung. Wer Leistung erbringt und Verantwortung übernimmt, als Unternehmer wie als Beschäftigter, braucht dafür faire und verlässliche Bedingungen.

SOLIDARITÄT

7.4 Fachkräfteeinwanderung als Integrationspartnerschaft

■ **BEFUND** Sprachbarrieren (43,6 %), Visaverfahren (26,6 %) und Anerkennung (24,5 %) bremsen die Rekrutierung im Ausland.

11 Einwanderungsverfahren beschleunigen: Ausländerbehörden effizienter aufstellen, Verfahren in Botschaften und Konsulaten vereinheitlichen und ein „Fast Track"-Verfahren gegen höhere Gebühren einführen.

12 Die Anerkennung ausländischer Abschlüsse bundesweit standardisieren und mit verlässlich kurzen Bearbeitungszeiten versehen.

13 Eine Arbeitserlaubnis ab dem ersten Tag erteilen und Arbeitsmigration klar von irregulärer Migration trennen: Zuwanderung in den Arbeitsmarkt, nicht in den Sozialstaat.

14 Sprachförderung berufsbegleitend organisieren, kleinere Unternehmen über regionale Rekrutierungsverbünde mit Handwerkskammern und IHKs unterstützen und Werkswohnungen durch baurechtliche Erleichterungen ermöglichen.

15 Faire Rekrutierungsstandards, Familiennachzug und betriebliche Mentoringmodelle verankern und Herkunftsländer über Ausbildungspartnerschaften einbeziehen, um einseitigen Brain Drain zu vermeiden.

Begründung. Eine erfolgreiche Fachkräftepolitik darf Menschen nicht auf ihr Arbeitskräfteangebot reduzieren. Sie verbindet schnelle Verfahren mit Spracherwerb, Familienperspektive und fairen Arbeitsbedingungen. Solidarität gilt Zugewanderten, Belegschaften und Herkunftsgesellschaften gleichermaßen und stärkt die Bindung an den Betrieb.

ORDNUNGSPOLITIK

7.5 Christliche Werte als Fundament der Sozialen Marktwirtschaft

■ **BEFUND** Christliche Werte in der Wirtschaftspolitik: 2,24 von 5, der niedrigste Wert der Umfrage.

Die Soziale Marktwirtschaft ist aus christlich-sozialethischen Wurzeln gewachsen und hat sich als Erfolgsmodell bewährt. Ihre Zukunft hängt davon ab, dass Personalität, Gemeinwohl, Solidarität und Subsidiarität wieder erkennbar zum Maßstab der Wirtschaftspolitik werden. Für diese Prinzipien tritt der BKU in Wirtschaft, Politik und Kirche ein.

8 FAZIT UND AUSBLICK

Die erste BKU-Konjunkturumfrage zeigt Unternehmen, die solide wirtschaften, aber nicht vorankommen. 72,3 % bewerten ihre Lage als gut oder befriedigend. Nach vorn herrscht jedoch Stillstand: Mehr als die Hälfte erwartet keine Veränderung, ein Viertel eine Verschlechterung. Ebenfalls mehr als die Hälfte will weniger oder nicht wesentlich investieren. Aus eigener Kraft halten die Unternehmen Kurs. Für neues Wachstum sind sie auf bessere Rahmenbedingungen angewiesen.

Umso deutlicher fällt das Urteil über Standort und Politik aus. Den Standort Deutschland bewerten die Befragten mit 2,31 von 5 Punkten. 62,8 % vergeben eine 1 oder 2, die Bestnote vergibt niemand. Die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen kommen auf 2,40. Am schwächsten schneidet die Verankerung christlicher Werte in der Wirtschaftspolitik ab: 2,24 von 5, nur 7,4 % vergeben eine 4 oder 5. Bürokratie, schwache Nachfrage und die aktuelle Wirtschafts- und Sozialpolitik bilden den Kern der Belastungen.

Für den BKU folgt daraus ein doppelter Auftrag. Politisch werben wir für einen Standort, der Wachstum ermöglicht: weniger Bürokratie, spürbare Entlastung bei Steuern, Abgaben, Energie- und Personalkosten, verlässliche Regeln und eine Wirtschaftspolitik, die sich wieder erkennbar an den christlichen Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft orientiert. Empirisch bauen wir die Umfrage zu einem wiederkehrenden Panel aus, die zweite Welle folgt im Sommer 2027. Erst Zeitreihen machen aus dem Stimmungsbild einen echten Frühindikator.

POLITISCHER MASSSTAB

Gute Wirtschaftspolitik setzt weder auf staatliche Detailsteuerung noch auf private Freiheit ohne Verantwortung. Sie schafft einen verlässlichen Ordnungsrahmen, in dem Initiative, Wettbewerb, soziale Sicherheit, ökologische Verantwortung und Teilhabe zusammenwirken.

Weiterentwicklung der Umfrage

Methodik und Operationalisierung der BKU-Konjunkturumfrage entwickeln wir systematisch weiter und schärfen sie. Kritik und Verbesserungsvorschläge sind willkommen, gern an info@bku.de.

METHODIK
AUFTRAG, DESIGN UND GRENZEN

Untersuchungsziel

Die BKU-Konjunkturumfrage ersetzt weder die amtliche Konjunkturstatistik noch große Unternehmenspanels. Ihr Mehrwert liegt in der unmittelbaren Perspektive wirtschaftlich verantwortlicher BKU-Mitglieder. Sie verbindet klassische Konjunkturfragen mit Fragen zu Standort, Arbeitsmarkt und Sozialethik.

Erhebung, Feldzeit und Reichweite

Die Antworten gingen zwischen dem 27. Juni und dem 29. Juli 2026 online über Microsoft Forms ein. Die durchschnittliche Bearbeitungszeit betrug 4:38 Minuten. Die Umfrage richtete sich an die Mitglieder des BKU und bildet deren unmittelbare unternehmerische Wahrnehmung ab. Sie beruht nicht auf einer Zufallsstichprobe und beansprucht keine Repräsentativität für die deutsche Gesamtwirtschaft.

Stichprobenprofil

Merkmal	Ausprägung	n	Anteil in %
Unternehmensgröße	Unter 10 Beschäftigte	34	36,2
	10 bis 49	25	26,6
	50 bis 249	19	20,2
	250 und mehr	13	13,8
	Keine Angabe	3	3,2
Funktion	Inhaber/in	52	55,3
	Geschäftsführer/in	22	23,4
	Vorstand	7	7,4
	Leitende Führungskraft	8	8,5
	Sonstige Funktion	2	2,1
	Keine Angabe	3	3,2
Mitgliedschaft	Unter 2 Jahren	8	8,5
	2 bis 5 Jahre	22	23,4
	5 bis 10 Jahre	20	21,3
	Mehr als 10 Jahre	43	45,7
	Keine Angabe	1	1,1

Das Profil ist stark unternehmerisch geprägt: 78,7 % der Befragten sind Inhaberinnen und Inhaber oder Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer. Zusammen mit Vorständen und leitenden Führungskräften stammt nahezu das gesamte Stimmungsbild von Personen mit unmittelbarer Entscheidungs- und Ergebnisverantwortung. Kleinst- und Kleinunternehmen bilden zugleich die Mehrheit. Das erhöht die Aussagekraft für mittelständische Erfahrungswelten, begrenzt aber die Übertragbarkeit auf die Gesamtwirtschaft.

Berechnungsregeln

- Prozentwerte beziehen sich, sofern nicht anders angegeben, auf alle 94 Antworten. Für Salden zählen nur inhaltliche Antworten, „keine Angabe“ ist ausgeschlossen.
- Saldo = Anteil positiver minus Anteil negativer Antworten. Neutrale Antworten gehen in den Nenner ein, nicht in den Zähler.
- Der Investitions-Expansionssaldo zählt „mehr als im Vorjahr“ positiv, „weniger“ und „keine wesentlichen Investitionen“ negativ, „etwa gleich“ neutral. Weil er keine etablierte Standardkennzahl ist, wird er als explorativ ausgewiesen.
- Der Investitionsscore der Gruppenvergleiche gewichtet mehr = +1, etwa gleich = 0, weniger = −0,5 und keine wesentlichen Investitionen = −1. Über alle Antworten liegt er bei −32,1.
- Der BKU-Klimaindikator ist 100 plus der Durchschnitt aus Lage- und Erwartungssaldo. 100 dient ausschließlich als interner Neutralpunkt. Ein Vergleich mit ifo- oder DIHK-Indizes ist nicht zulässig.
- Mittelwerte der Skalenfragen ergänzen die vollständigen Verteilungen. Sie erleichtern Vergleiche, dürfen die Abstände zwischen Skalenpunkten aber nicht überinterpretieren.
- Freie Angaben zu Branche und Diözesanverband wurden regelbasiert harmonisiert. Regionale Gruppen unter zehn Fällen werden nicht politisch verallgemeinert.

Grenzen

- Keine Repräsentativität und keine bekannte Rücklaufquote.
- Kleine und ungleich große Untergruppen, daher hohe Zufallsschwankung.
- Branche und Diözesanverband wurden frei eingegeben und nachträglich harmonisiert.
- Mehrfachantworten zeigen Nennungsanteile. Sie summieren sich nicht auf 100 %.
- Querschnittsdaten zeigen Zusammenhänge, aber keine Kausalität.
- Erste Welle ohne Zeitvergleich. Veränderungen lassen sich erst ab der zweiten Erhebung belastbar messen.

Datenaufbereitung

- Grundlage sind 94 Datensätze mit 24 Merkmalen. Personenbezogene Angaben sind nicht in den Bericht eingeflossen.
- Freitexte zur Funktion wurden in Inhaber/in, Geschäftsführer/in, Vorstand, leitende Führungskraft und sonstige Funktion zusammengefasst.
- Branchen wurden regelbasiert in thematische Cluster überführt. Grenzfälle verbleiben in „sonstige oder unklare Branche“.
- Schreibweisen der Diözesanverbände wurden nur bei eindeutigen Varianten zusammengeführt, etwa Köln und „köln“, Stuttgart und Rottenburg-Stuttgart, München und München-Freising.
- Freitext-Einzelnennungen bei Mehrfachfragen sind im Datenanhang als „sonstige Einzelnennungen“ zusammengefasst.
- Maßgeblich bleiben die Rohdaten. Spätere Neuzuordnungen können Gruppenergebnisse verändern.

DATENANHANG
VERTEILUNGEN UND FALLZAHLEN

A. Verteilungen der Kernfragen

Aktuelle Geschäftslage

Antwort	n	%
Gut	27	28,7
Befriedigend	41	43,6
Schlecht	24	25,5
Keine Angabe	2	2,1

Erwartete Geschäftslage in sechs Monaten

Antwort	n	%
Verbessern	18	19,1
Gleichbleiben	51	54,3
Verschlechtern	24	25,5
Keine Angabe	1	1,1

Investitionsplanung, zwölf Monate

Antwort	n	%
Mehr als im Vorjahr	13	13,8
Etwa gleich wie im Vorjahr	28	29,8
Weniger als im Vorjahr	17	18,1
Keine wesentlichen Investitionen	34	36,2
Keine Angabe	2	2,1

Beschäftigungsplanung, zwölf Monate

Antwort	n	%
Zunehmen	13	13,8
Gleichbleiben	60	63,8
Abnehmen	19	20,2
Keine Angabe	2	2,1

Skalenfragen: Verteilung auf die Werte 1 bis 5

Frage	1	2	3	4	5
Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen	18 · 19,1	36 · 38,3	26 · 27,7	12 · 12,8	2 · 2,1
Christliche Werte in der Wirtschaftspolitik	22 · 23,4	37 · 39,4	28 · 29,8	4 · 4,3	3 · 3,2
Standortattraktivität	16 · 17,0	43 · 45,7	25 · 26,6	10 · 10,6	0 · 0,0
Betroffenheit vom Fachkräftemangel	23 · 24,5	19 · 20,2	34 · 36,2	11 · 11,7	7 · 7,4

Je Zelle: Anzahl · Anteil in % von 94.

Grundhaltung zur Auslandsrekrutierung

Antwort	n	%
Ja, wir tun das bereits	17	18,1
Ja, wir planen das konkret	0	0,0
Grundsätzlich ja, aber wir sehen praktische Hürden	12	12,8
Eher nein	25	26,6
Nein, kommt für uns nicht in Frage	29	30,9
Keine Angabe	11	11,7

B. Mehrfachnennungen

Unternehmensrisiken

Nennung	n	% von 94
Regulierung & Bürokratie	59	62,8
Schwache Inlandsnachfrage	38	40,4
Aktuelle Wirtschafts- und Sozialpolitik	32	34,0
Hohe Personalkosten	23	24,5
Hohe Energiekosten	18	19,1
Fachkräftemangel	16	17,0
Internationale Handelskonflikte / Geopolitik	13	13,8
Überlastete Infrastruktur	12	12,8
Digitaler Transformationsdruck	12	12,8
Finanzierungskosten / Zinsen	5	5,3
Probleme der Cyber-Sicherheit	5	5,3
Sonstige Einzelnennungen	10	je 1,1
Keine Angabe	1	1,1

Sonstige Einzelnennungen, darunter: Investitionszurückhaltung bei Kunden, fehlende Wirtschafts- und Ordnungspolitik, Unsicherheit in der Wirtschaft, klamme öffentliche Haushalte, verzögerte politische Entscheidungen, innere Sicherheit, Speicherchipkrise und steigende Einkaufspreise, Personalabbau, hoher Zeitaufwand.

Bereiche des Fachkräftemangels

Nennung	n	% von 94
Gewerblich-technische Berufe	24	25,5
IT & Digitalisierung	22	23,4
Handwerk & Produktion	21	22,3
Kaufmännische Berufe	20	21,3
Führungs- & Fachkräfte mit Hochschulabschluss	18	19,1
Pflege & soziale Berufe	17	18,1
Sonstige Einzelnennungen	7	je 1,1
Keine Angabe	22	23,4

Sonstige Einzelnennungen, darunter: Vertrieb, Einzelhandel, Gastronomie und Hotellerie, Finanzen und Steuern, Finanz- und Wirtschaftsmathematik sowie „in allen Bereichen“.

Hürden der Rekrutierung im Ausland

Nennung	n	% von 94
Sprachbarrieren	41	43,6
Visaverfahren / Aufenthaltsrecht	25	26,6
Anerkennung ausländischer Abschlüsse	23	24,5
Integration am Arbeitsplatz	19	20,2
Fehlende eigene Netzwerke im Herkunftsland	7	7,4
Kosten des Rekrutierungsprozesses	6	6,4
Sonstige Einzelnennungen	11	je 1,1
Keine Angabe	35	37,2

Sonstige Einzelnennungen, darunter: hoher Einarbeitungsaufwand, laufende Betreuung (Sozialversicherung, Steuer), fehlende Arbeitserlaubnisse, Unterkünfte, Compliance-Risiken, Kenntnis technischer Regelwerke, geringe Attraktivität Deutschlands für ausländische Fachkräfte, Heimweh der Angeworbenen.

Gesuchte Tätigkeitsbereiche im Ausland

Nennung	n	% von 94
Kaufmännische Berufe / Verwaltung	13	13,8
Pflege / Gesundheit	10	10,6
Handwerk / Produktion / Fertigung	10	10,6
IT / Digitales	4	4,3
Gastronomie / Hotellerie	3	3,2
Logistik / Transport	3	3,2
Sonstige Einzelnennungen	4	je 1,1
Freitext: keine Suche im Ausland	3	je 1,1
Keine Angabe	61	64,9

Sonstige Einzelnennungen, darunter: Ingenieurwesen und Technik, Handel, Dienstleistungen.

C. Mittelwerte und Streuung

Skala	n	Mittelwert	Median	Standardabw.
Rahmenbedingungen	94	2,40	2	1,01
Christliche Werte	94	2,24	2	0,97
Standortattraktivität	94	2,31	2	0,88
Fachkräftebetroffenheit	94	2,57	3	1,20

D. Explorative Zusammenhänge

Die Rangkorrelationen beschreiben monotone Zusammenhänge. P-Werte wurden nur näherungsweise berechnet und gelten nicht als konfirmatorischer Nachweis. Für Mehrfachtests und Stichprobenselektion wurde nicht korrigiert.

Variablenpaar	n	Spearman-ρ	Einordnung
Rahmenbedingungen und Standort	94	0,639	stark positiv
Lage und Beschäftigung	91	0,341	moderat positiv
Investition und Standort	92	0,335	moderat positiv
Lage und Investition	91	0,304	moderat positiv
Werte und Standort	94	0,303	moderat positiv
Beschäftigung und Investition	92	0,284	schwach bis moderat

■ METHODIK

Kausalitätsvorbehalt: Ein positiver Zusammenhang zwischen Standorturteil und Investitionsplanung kann bedeuten, dass bessere Rahmenbedingungen Investitionen erleichtern. Ebenso können investitionsstarke Unternehmen den Standort positiver wahrnehmen. Drittvariablen wie Branche und Größe sind möglich.

E. Diözesanverbände

Die freien Angaben zum Diözesanverband wurden harmonisiert. Die regionalen Teilgruppen sind überwiegend klein und ungleich besetzt. Die Unterschiede sind deshalb kein Standort-Ranking und werden nicht politisch verallgemeinert.

Diözesanverband	n	Lage	Erwartung	Investition	Rahmen MW	Standort MW
Aachen	5	0,0	0,0	−40,0	2,00	1,80
Berlin-Brandenburg	7	−33,3	0,0	−78,6	1,71	1,71
Freiburg	3	+66,7	0,0	−33,3	·	·
Köln	18	−22,2	0,0	−22,2	2,33	2,33
München-Freising	6	+83,3	+50,0	+33,3	2,50	2,83
Münster	5	+40,0	0,0	+10,0	2,80	3,00
Rhein-Main	4	−25,0	+25,0	−62,5	·	·
Rottenburg-Stuttgart	9	+22,2	−33,3	−22,2	3,22	2,56
Speyer	3	+100,0	−33,3	−50,0	·	·
Keine Angabe	14	−7,1	−21,4	−50,0	2,50	2,14

· = nicht ausgewiesen. Weitere Diözesanverbände sind wegen sehr kleiner Fallzahlen nicht einzeln aufgeführt (zusammen 20 Antworten).

QUELLEN
UND BEGRIFFE

Primärquellen der Erhebung

- BKU-Konjunkturumfrage 2026, Ergebnisübersicht aus Microsoft Forms, Export vom 30. Juli 2026.
- BKU-Konjunkturumfrage 2026, Rohdaten mit 94 Antwortdatensätzen, Feldzeit 27. Juni bis 29. Juli 2026.

Externe Quellen zur Einordnung

- BKU: Vorschlagskatalog, Stand 11. März 2025
  https://www.bku.de/wp-content/uploads/BKU-Vorschlagskatalog_Stand-11.03.2025.pdf
- Bundesregierung: Jahreswirtschaftsbericht 2026
  https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/jahreswirtschaftsbericht-2026-2404242
- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie: Pressemitteilung zum Jahreswirtschaftsbericht 2026, 28. Januar 2026
  https://www.bundeswirtschaftsministerium.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2026/01/20260128-jahreswirtschaftsbericht-2026.html
- Deutsche Bundesbank: Monatsbericht Mai 2026, Deutsche Wirtschaft zu Jahresbeginn robust
  https://www.bundesbank.de/de/aufgaben/themen/monatsbericht-deutsche-wirtschaft-zu-jahresbeginn-robust-997778
- Bundesregierung: Herbstprojektion 2026, 8. Oktober 2026
  https://www.bundesregierung.de/breg-en/news/autumn-forecast-2026-federal-government-2456430
- ifo Institut: ifo Geschäftsklima September 2026, 24. September 2026
  https://www.ifo.de/en/press-release/2026-09-24/ifo-business-climate-rises-september-2026
- Päpstlicher Rat für Gerechtigkeit und Frieden: Kompendium der Soziallehre der Kirche
  https://www.vatican.va/roman_curia/pontifical_councils/justpeace/documents/rc_pc_justpeace_doc_20060526_compendio-dott-soc_en.html
- Johannes Paul II.: Enzyklika Centesimus Annus
  https://www.vatican.va/content/john-paul-ii/de/encyclicals/documents/hf_jp-ii_enc_01051991_centesimus-annus.html
- Katechismus der Katholischen Kirche: Die Soziallehre der Kirche
  https://www.vatican.va/content/catechism/en/part_three/section_two/chapter_two/article_7/iii_the_social_doctrine_of_the_church.html

Begriffe

Begriff	Bedeutung
Saldo	Differenz zwischen positivem und negativem Antwortanteil in Prozentpunkten. Neutrale Antworten bleiben im Nenner.
Mittelwert	Arithmetisches Mittel der Skala von 1 bis 5.
Explorativ	Geeignet, Muster zu erkennen, aber kein bestätigter statistischer Nachweis.
Nennungsanteil	Anteil aller Befragten, die eine Option in einer Mehrfachauswahl genannt haben.
Subsidiarität	Höhere Ebenen sollen kleinere Einheiten befähigen und unterstützen, ihre Eigenverantwortung aber nicht unnötig ersetzen.
Solidarität	Verbindliche Mitverantwortung für andere Menschen und Gruppen sowie für gerechte Teilhabe.
Gemeinwohl	Gesamtheit der gesellschaftlichen Bedingungen, die Personen und Gruppen eine umfassendere Entfaltung ermöglichen.
Personalität	Der Mensch als Person mit eigener Würde steht im Mittelpunkt von Wirtschaft und Gesellschaft.

BKU
BUND KATHOLISCHER UNTERNEHMER.

Impressum

HERAUSGEBER
Bund Katholischer Unternehmer e.V. (BKU)
Weinsbergstraße 190 · 50825 Köln
info@bku.de · BKU.DE

VERANTWORTLICH
Dr. Martin Nebeling, Bundesvorsitzender
David Dekorsi, Geschäftsführer

ERHEBUNG
27. Juni bis 29. Juli 2026, 94 Teilnehmende

STAND
Oktober 2026

ZITIERHINWEIS
BKU-Konjunkturumfrage 2026, Bund Katholischer Unternehmer